

Wo steht Nepal heute?

Vortrag zum Nepal-Tag der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft, Bonn

von Karl-Heinz Krämer

Wo steht Nepal heute? Eine solche Prognose ist kaum möglich, nur wenige Stunden vor Ablauf des ersten Verlängerungsjahres der Verfassunggebenden Versammlung. Im vorigen Jahr fiel die Entscheidung über eine Verlängerung nur wenige Minuten vor Mitternacht; das dürfte auch dieses Jahr kaum anders sein. Aus rationaler Sicht gibt es gar keine Alternative zu einer erneuten Verlängerung. Das ganze Theater der letzten Wochen über die Bedingungen einer erneuten Verlängerung ist rein politischer Natur und vornehmlich durch die Machkämpfe führender Politiker bestimmt.

Schon vor einem Jahr waren die Vereinbarungen, die damals eine Verlängerung ermöglichten, das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. Ich will daher die wenigen Minuten, die ich hier habe, nutzen, einige der größten Probleme anzusprechen, welche die Fortsetzung des Friedens- und Erneuerungsprozesses betreffen.

Da ist zunächst das umfassende Friedensabkommen zwischen den führenden Parteien vom November 2006 zu nennen, also die Grundsätze des ganzen Prozesses. In diesem Abkommen verpflichteten sich alle beteiligten Parteien zu dem Weg, der Nepal einen dauerhaften Frieden und ein neues, gerechteres politisches System sichern sollte. Eckpfeiler waren dabei:

- die umgehende Integration und Rehabilitation der maoistischen PLA (eine zahlenmäßige Beschränkung wurde dabei nicht genannt),
- die gemeinsame Verabschiedung einer Übergangsverfassung und, damit verbunden, die Nominierung eines Übergangsparlaments durch die Führer der unterzeichnenden Parteien,
- die Beteiligung der Maoisten an Übergangsparlament und -regierung,
- freie und allgemeine Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung, die dann innerhalb von zwei Jahren eine neue Verfassung entwerfen sollte,
- Republik, Föderalismus und Inklusion als Grundpfeiler der neuen Verfassung

Was ist schief gelaufen? Schon vor den Wahlen zur

Verfassunggebenden Versammlung verflieg die Einigkeit der Unterzeichner des Friedensabkommens rasch. Es ist müßig, einzelne Parteien oder Politiker als Schuldige auszumachen. Unter dem Strich haben sie alle versagt, haben sie persönliche Machtinteressen dem gemeinsamen Ziel untergeordnet. Bei jeder noch so geringen Kleinigkeit haben sie einander misstraut, nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb derselben. So werden seit drei Jahren Diskussionen geführt, die größtenteils allenfalls am Rande mit dem Schreiben einer neuen Verfassung zu tun haben.

Dabei haben die Politiker völlig verdrängt, dass nicht die Führer der diversen Parteien, sondern nur die 601 Personen, die vom Volk in die Verfassunggebende Versammlung gewählt wurden, die neue Verfassung ausdiskutieren und schreiben sollen. In der Praxis aber sind die gewählten Volksvertreter bisher kaum in Erscheinung getreten. Zwar haben die Ausschüsse der Versammlung ihre Vorschläge zu den diversen Bereichen ausgearbeitet, diskutiert aber wurden diese bisher nur von den führenden Parteipolitikern.

Hier kommt erschwerend hinzu, dass, wenn wir nur einmal bei den drei großen Parteien bleiben, viele führende Politiker von den Wählern abgelehnt wurden, d. h. sie sollen nach dem Willen des Wählers keine führende Rolle bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung spielen. Angesichts des überragenden maoistischen Siegs bei der Vergabe der Direktmandate, wurden hierdurch viele führende Politiker des Nepali Congress und der CPN-UML ausgemustert, d. h. ihnen wurde die Legitimation entzogen. Das hindert diese Politiker aber nicht, in der Öffentlichkeit weiterhin die Richtung ihrer Partei in Bezug auf die Grundlagen der neuen Verfassung vorzugeben.

Kommen wir zu den drei genannten Grundpfeilern der neuen Verfassung. Da ist zunächst die Republik zu nennen. Die Monarchie wurde offiziell am 28.05.2008, also heute vor drei Jahren, abgeschafft. Die vier Gegenstimmen bei dieser Entscheidung kamen von der Rastriya Prajatantra Party-Nepal von Kamal Thapa, dem Innenminister des königlichen Putsch-Regimes von 2005. Alle anderen waren für die Republik. Wenn jetzt eine Reihe von Politikern, auch aus Reihen des NC und der CPN-UML, gegen eine Verlängerung der Verfas-

sunggebenden Versammlung und zum Teil eine Rückkehr zum politischen System von 1990 sind, dann würde dies auch eine Restauration der Monarchie bedeuten. Die abgesetzte Königsfamilie hat eine solche ohnehin wiederholt zur Sprache gebracht, eng verknüpft mit der traditionellen Rolle des Königs als Hindu-Monarch.

Einer der kompliziertesten und zugleich auch am heftigsten umstrittenen Bereiche ist die Einführung eines föderalen Systems. Zwar sind alle größeren Parteien im April 2008 als Befürworter eines solchen Systems zu den Wahlen angetreten, der Diskussionsverlauf aber macht deutlich, dass sich die meisten Politiker bis vor kurzem noch nicht so richtig damit befasst hatten. Umstritten ist vor allem die Grundlage des zu schaffenden föderalen Systems. Die Idee eines ethnisch begründeten Föderalismus war in den frühen 1990er Jahren von den ethnischen Organisationen ins Spiel gebracht worden. Später griffen die Maoisten diese Idee auf, womit sie gerade im Bereich der ethnischen Gruppen auf viel Sympathie stießen.

In Opposition zu einem ethnisch begründeten Föderalismus steht der Nepali Congress, der für eine Aufteilung des Landes in sechs föderale Provinzen eintritt, eine Sicht, die auch vom konservativen Flügel der CPN-UML in ähnlicher Weise geteilt wird. Begründet wird die Ablehnung eines ethnisch begründeten föderalen Systems mit der Gefahr eines Zerbrechens des nepalischen Staates. Der Entwurf des Nepali Congress ähnelt sehr der in der Panchayat-Zeit eingeführten Einteilung des Landes in fünf Entwicklungsregionen. Letztere haben aber weder eine dezentralisierte Entwicklung gefördert noch haben sie dazu beigetragen, die zahlreichen ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen des Landes regional stärker zu beteiligen.

Der seit eineinhalb Jahren im Raum stehende Entwurf des Föderalismus-Ausschusses der Verfassunggebenden Versammlung sieht eine Mischung aus ethnisch begründeten Provinzen und solchen mit sprachlichem oder einfach regionalem Hintergrund vor. Angesichts der Tatsache, dass sich die Bevölkerung Nepals seit der militärischen Einigung des Landes durch die Shah-Dynastie durch kontinuierliche Migration enorm vermischt hat, gibt es heute keine reinen Siedlungsgebiete bestimmter ethnischer Gruppen. Allerdings müssen wir uns auch vergegenwärtigen, dass die in den frühen 1960er Jahren unter König Mahendra vollzogene Aufteilung in die heute 75 Distrikte (zuvor gab es 35) ganz bewusst zusammenhängende ethnische Siedlungsgebiete zerschnitten hat. Dies war Bestandteil der königlichen Panchayat-Politik, die darauf abzielte, einen hinduistischen Einheitsstaat zu schaffen, in dem nur eine Sprache gesprochen wurde, das Nepali, und irgendwann alle möglichst hinduisiert sein sollten.

Und damit bin ich beim dritten der genannten Grundpfeiler des neuen Systems angekommen, der Inklusion. Jana Andolan I vom Frühjahr 1990 hatte politisch einen nur unvollkommenen Wandel her-

beigeführt. Zwar wurde erstmals ein demokratisches System geschaffen und die Macht der Monarchie drastisch beschnitten, aber gesellschaftspolitisch war der Wandel sehr begrenzt. Hatte unter dem Panchayat-System die hinduistische Oberkaste der Chhetri dominiert, so lag unter dem demokratischen System von 1990 die Macht in den Händen der Parteiliten, die in allen größeren Parteien von männlichen Brahmanen dominiert werden. Unter dem Strich blieb die politische Macht also bei den, wie mein Kollege Mahendra Lawoti sagen würde, Caste Hill Hindu Elite Male (CHHEM).

Aber das System von 1990 ermöglichte gesellschaftspolitisch eine Bewusstseinsbewegung, die mit einer Rückbesinnung auf die eigenen traditionellen Werte und Kulturen begann und den Angehörigen ethnischer Gruppen ihre Benachteiligung und Ausgrenzung im politischen System verdeutlichte. Rasch glaubte man, in der Forderung autonomer ethnischer Provinzen die einzige Möglichkeit zu erkennen, diesem Dilemma auf Dauer zu enttrinnen.

Aber die ethnischen Gruppen sind nicht die einzigen ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen. Für die indischstämmige Madhesi-Bevölkerung des Tarai gestaltet sich das Problem ähnlich. Am schlimmsten betroffen aber sind zweifelsohne die Dalits. Auch ein föderales System wird nicht wirklich dazu beitragen, die Ausgrenzung der Dalits zu beenden, da sich diese Gruppe über das ganze Land verteilt. Wie wenig sich die politischen Parteien um eine Einbeziehung der Dalits bemühen, zeigt die geringe Zahl der Direktkandidaten aus dem Kreis der Dalits bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom April 2008. Lediglich die Maoisten hatten eine, wenngleich völlig unzureichende Anzahl von Dalits aufgestellt. Das gleiche gilt übrigens auch für die Frauen. Nur dank der 50%-Verpflichtung beim proportionalen Wahlsystem wurde erreicht, dass heute ein Drittel der Abgeordneten weiblich ist. Die im Sommer 2006 vom wiedergewählten Parlament beschlossene Auflage, dass alle Posten in Politik und Verwaltung zu 30% mit Frauen besetzt werden müssen, hat bisher keine Regierung interessiert, auch nicht die heutige von CPN-UML und UCPN-M dominierte.

Zum Abschluss will ich noch einen Bereich nennen, der die Stagnation des Erneuerungsprozesses ganz besonders verdeutlicht. Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich ihn unter den Schlagworten Straffreiheit, Kriminalität und Korruption zusammenfassen. Wenn Nepal einen Neubeginn wagt, dann müssen auch die Verbrechen der Vergangenheit auf den Tisch kommen. Genau das aber verhindern die Politiker bisher. Maoisten, Armee und Handlanger des königlichen Putsches, sie alle müssen sich zum Teil für Kapitalverbrechen verantworten, die von ihnen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten begangen wurden. Wie gering das Interesse der Politiker an einer bedingungslosen Aufklärung dieser Verbrechen ist, zeigt die Tatsache, dass immer wieder Täter mit

hochrangigen Aufgaben und Ämtern betraut werden. Wer eines Verbrechens beschuldigt wird, sollte sich vor einem Gericht verantworten, ehe er ein Ministeramt übernimmt. Welche Beschuldigungen haltlos sind, haben Gerichte zu entscheiden, nicht die Politiker.

Der lasche Umgang, ja die öffentliche Deckung von Verbrechen durch Politiker sind ein schlechtes Vorbild für eine Gesellschaft, in der auch die Alltagskriminalität immer mehr zunimmt. Es hat zwar in der jüngsten Zeit einige wenige Fälle gegeben, in denen auch hochrangige Persönlichkeiten wegen korrupter Praktikanten belangt und verurteilt wurden, doch ist das immer noch nur die Spitze eines Eisbergs.

Was bleibt als Fazit? Ich sehe keine andere Chance als eine erneute Verlängerung der Verfassunggebenden Versammlung. Allerdings müssen wir uns ein paar Zahlen aus dem ersten Verlängerungsjahr vergegenwärtigen. In dem einen Jahr gab es nur acht Treffen der gewählten Verfassunggebenden Versammlung mit einer Gesamtdauer von unglaublichen 95 Minuten bei entstandenen Kosten von 390 Millionen Rs. (3,9 Millionen €). Kaum einer der

führenden Politiker, sofern sie überhaupt Mitglied der Versammlung sind, nahm an mehr als ein oder zwei Sitzungen teil. Dafür hatten sie aber, wie Ram Chandra Poudel, reichlich Zeit, sich in völlig unsinnigen Wahlgängen monatelang für das Amt des Premierministers zu bewerben. Ich befürchte, das gehäufte Fehlverhalten der Politiker wird sich mit ihrer heutigen Garde (und dies bezieht sich nicht auf die vom Volk gewählten Vertreter) auch in Zukunft nicht ändern.

Vielleicht auch noch ein Satz zur Dauer einer möglichen Verlängerung. Die aktuelle Regierung möchte die Verfassunggebende Versammlung um ein Jahr verlängern. Die Befürworter einer Verlängerung bei gleichzeitigem Rücktritt der Khanal-Regierung sprechen meist von nur sechs Monaten. Der Oberste Gerichtshof hat vor drei Tagen entschieden, dass nur letzteres verfassungsgemäss ist. Gut ist, dass die Politiker hierdurch enorm unter Druck gesetzt werden. Angesichts der extremen Komplexität eines föderalen Systems und der bisher äußerst geringen Vorarbeit, habe ich aber selbst bei intensiver Arbeitsweise Zweifel, dass die noch ausstehende Arbeit in sechs Monaten zu schaffen ist.

Kontakt: info@nepalobserver.de